

Demokratie vor Ort in einer globalisierten Welt:

Überlegungen zu Herausforderungen und Strategien aus einer sozialdemokratischen Perspektive

Sven Paul und Heide Richter-Airijoki, Sept. 2019

1. Neue Herausforderungen

Migration bedeutet die Konfrontation mit den Problemen der Welt: mit Ungleichheit, fehlender Solidarität, Krieg und Armut. Doch statt sich mit den internationalen Problemen zu beschäftigen und nach deutschen Beiträgen zur Lösung zu suchen, bestimmte die „Kopf-in-den-Sand“-Mentalität der Rechtspopulisten die öffentliche Debatte, die Deutschland gegen Migration abschotten und jegliche Konfrontation mit den Problemen der Welt vermeiden wollen.

Das stieß bei vielen auf fruchtbaren Boden, weil es genug nationale Probleme gab: fehlende Investitionen in die Infrastruktur und Versorgung ländlicher Regionen und kleinerer Städte; Einsparungen bei Polizei, Justiz, Gesundheitsversorgung, Schulen, Jugendeinrichtungen und in anderen Bereichen trugen zu Lebensverhältnissen bei, in denen Unzufriedenheit und das Gefühl von Abgehängt-Sein wuchsen.

Eine verbreitete Wahrnehmung ist, wegen der mit der Migration verbundenen Kosten fehle es ansonsten an allen Ecken und Enden. Dabei sind die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte seit 1950 kontinuierlich angestiegen; wobei dieser Anstieg hinter der durch Technologie und Globalisierung rasant gestiegenen Wirtschaftsleistung allerdings deutlich zurückgeblieben ist. In den vergangenen Jahrzehnten, so hat auch eine Forschergruppe um Facundo Alvaredo und Thomas Piketty im ersten "Weltreport über Ungleichheit" festgestellt, sind weltweit die Länder reicher geworden. Dabei ist aber die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in privater Hand gestiegen, und es hat bedeutende Transfers von öffentlichem zu privatem Vermögen gegeben. Deutschland, so der Bericht, ist heute so ungleich wie zuletzt 1913: Auf die obersten zehn Prozent der Haushalte entfallen 40 Prozent aller Einkommen.

Daraus resultieren zwei miteinander verbundene Fragen:

- Wie sieht der sozialdemokratische Ansatz in der Migrationspolitik aus, der auf der einen Seite dem sowieso haltlosen Vorwurf blauäugigen und debattenabweisenden „Gutmenschentums“ erkennbar entgegentritt und auf der anderen Seite nicht der rechtspopulistischen Neigung verfällt, alle Probleme des Landes auf die vermeintliche Flüchtlingsfrage zu reduzieren?
- Welche neuen Lösungen bieten wir für das klassische sozialdemokratische Thema der sozialen Gerechtigkeit an, wenn 70 Jahre wachsende öffentliche Haushalte die Ungleichheit nicht nachhaltig reduzieren konnten, sondern vielmehr zu dem Eindruck führen, der Staat würde seine elementarsten Aufgaben wie Bildung, Sicherheit und Fürsorge in der Fläche nicht erfüllen?

2. Ausblick auf neue Wege

Verabschieden sollten wir uns von der Vorstellung, dass Innenpolitik nur auf der nationalen Ebene gestaltet wird. Professor Rainer Forst von der Goethe-Universität Frankfurt beschreibt die fehlende internationale Politik als gemeinsame Ursache von nationaler Ungleichheit und internationaler Migration: „Wir leben in einer Zeit von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die globaler Natur sind, aber der normative Denkraum, innerhalb dessen wir Politik verstehen, ist auf der nationalen Ebene stehen geblieben. [...] Jenseits falscher nationaler Nullsummenspielüberlegungen sollten wir wissen, dass der internationale Finanzmarkt und die Art, wie transnationale Konzerne operieren, national nicht mehr zu kontrollieren ist – und dass an einer strukturellen Reform zugunsten der Länder, in denen die Lebensverhältnisse so unerträglich sind, dass die Menschen sich auf den Weg machen, kein Weg vorbeiführt. [...] Die Zukunft der Demokratie hängt davon ab, dass sie ihre soziale Gestaltungsmacht zurückerlangt und Politik sich nicht nur darauf beschränkt, einen Platz an der Sonne der globalen Ökonomie zu erobern. Progressive Politik muss Wege finden, transnationale demokratische Macht zu generieren, und es wäre gut, zumindest in Europa damit anzufangen.“

Die Sozialdemokratie muss für die Verbesserung der Lebensverhältnisse durch die Solidargemeinschaft der Menschen im eigenen Land und durch die Solidargemeinschaft der Länder untereinander stehen.

3. Konkret

Dieser Anspruch sollte die Beiträge der SPD zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens konsequent prägen.

Unsere Kompetenz auf dem Gebiet der politischen Bildung sollten wir nutzen, um so einfach wie möglich und so differenziert wie nötig die Zusammenhänge zwischen lokalen und globalen Entwicklungen zu vermitteln und darzustellen, was bisher geschieht, und was wir für die nähere und weitere Zukunft vorschlagen, um die Lebensqualität und Teilhabe der Menschen auch in „abgehängten“ Regionen und Lebenszusammenhängen zu verbessern. Dazu gehört insbesondere auch die Erhöhung des finanzpolitischen Spielraums für zielgerichtete Investitionen im Sozialwesen (Bildung, Gesundheit, Jugendarbeit), Polizei und Justiz.

Unterschiede zur Herangehensweise der CDU/ CSU sollten wir deutlich machen, auch wenn wir die Grenzen dessen aufzeigen, was wir als Teil der GroKo erreichen können (ohne diese deswegen zu verteufeln und gemeinsam Erreichtes klein zu reden). Zu kennzeichnende Unterschiede könnten z.B. ein Plädoyer für den Vorstoß des französischen Staatspräsidenten zur Besteuerung globaler Handelsketten beinhalten, ebenso wie das Einbeziehen nicht-militärischer Maßnahmen, wie Einsätze des zivilen Friedensdienstes und zivile Stabilisierung fragiler Staaten und Regionen, in die zugesagte Zwei-Prozent-Quote für internationale Sicherheit/ Verteidigung. Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Regime und Beteiligung an militärischen Abenteuern sollte die SPD innerhalb der Koalition nicht mittragen. Hier sollte sie auch eine klare „rote Linie“ ziehen, was die Fortführung der Koalition betrifft.

Die Nachhaltigkeit unserer Lebensweise, das Aufhalten des Klimawandels und die Zukunft für die jungen und künftigen Generationen müssen wir viel stärker in den Vordergrund stellen. Dazu gehört, dass die Politik für technische Innovation günstige Rahmenbedingungen schafft, aber auch überlegteren Konsum zur Reduzierung der Umweltbelastung anregt. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungszusammenarbeit mit ärmeren Ländern sind die Etablierung von Sozial- und Umweltstandards, von Voraussetzungen für breitenwirksame und nachhaltige

wirtschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt die Verwirklichung der Frauenrechte und des Zugangs zu Bildung und Gesundheitsdiensten stärker zu fördern. Die kürzlich im Auftrag des Auswärtigen Amtes erstellte Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zeigt, wie wichtig in dem Zusammenhang auch die Verbesserung des immer noch vielfach unzureichenden Zugangs zu modernen Methoden der Familienplanung ist.

Nationale und europäische Migrationspolitik muss in einem umfassenden Dialog mit Gemeinden und Bevölkerung gestaltet werden und gleichzeitig die globale Perspektive einbeziehen. Gerade in dieser Verbindung von regionalen, bundesweiten und internationalen Perspektiven liegt eine Herausforderung und eine Aufgabe für die Sozialdemokratie.

Sven Paul und Heide Richter-Airijoki sind Mitglieder im Vorstand des SPD Ortsvereins Lutherstadt Wittenberg.

Sven Paul ist Volkswirt und arbeitet als Referent im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Dr. Heide Richter-Airijoki ist Ärztin und Fachberaterin für öffentliches Gesundheitswesen mit langjähriger Erfahrung in der deutschen, multilateralen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit.